



Kreisverband
Kleve e.V.



Ihr Wohlergehen
ist unser Anliegen
www.caritas-geldern.de



Deutsches
Rotes
Kreuz



DER PARITÄTISCHE
KREIS KLEVE

Diakonie
im Kirchenkreis Kleve e.V.

Arbeitsgemeinschaft der Verbände der Freien Wohlfahrtspflege im Kreis Kleve

AG Wohlfahrt im Kreis Kleve
Caritasverband Kleve e.V. – Hoffmannallee 66 - 68 – 47533 Kleve

Stadt Kleve
Herrn Bürgermeister Wolfgang Gebing
Minoritenplatz 1
47533 Kleve

**Geschäftsführender Vorsitz:
Caritasverband Kleve e.V.**

Hoffmannallee 66 - 68
47533 Kleve

Rainer Borsch

Telefon: 0 28 21 7209 200

Telefax: 0 28 21 7209 180

r.borsch@caritas-kleve.de

Einführung der Bezahlkarte für Geflüchtete

Datum: 17. März 2025

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Gebing,

als Arbeitsgemeinschaft möchten wir hiermit unsere ernsthaften Bedenken gegenüber der geplanten Einführung der Bezahlkarte für Geflüchtete äußern.

Die Bezahlkarte für Geflüchtete wird derzeit in mehreren Kommunen Nordrhein-Westfalens intensiv diskutiert. Trotz der Absicht, die Verwaltung von Sozialleistungen zu optimieren und den Missbrauch zu verhindern, sehen wir erhebliche Nachteile in der Umsetzung. Daher möchten wir hiermit eine kritische Position einnehmen und dringende Fragen aufwerfen, die nicht unbeachtet bleiben dürfen.

1. Einschränkung der Selbstbestimmung und praktische Hindernisse

Die vorgesehene Bezahlkarte schränkt die finanzielle Selbstbestimmung der Geflüchteten stark ein. Sie wären an strikte Nutzungsbedingungen gebunden und hätten keine Möglichkeit mehr, flexibel zu entscheiden, wie sie ihre Mittel einsetzen. Die vorgesehenen Beschränkungen – besonders die Deckelung auf maximal 50 Euro pro Person – machen den Alltag vieler Geflüchteter erheblich schwieriger. Besonders in ländlichen Regionen, wo bargeldloses Zahlen nicht überall möglich ist, erschwert die Karte den Zugang zu sozialen Einrichtungen und Märkten. Flohmärkte, Second-Hand-Shops oder Online-Plattformen wie eBay Kleinanzeigen sind für viele Menschen mit geringem Einkommen wichtige Anlaufstellen. Doch genau hier werden diese Menschen benachteiligt, da viele Anbieter ausschließlich Barzahlung akzeptieren.

2. Diskriminierung und verfassungsrechtliche Bedenken

Eine separate Behandlung, die durch die Bezahlkarte sichtbar wird, verstärkt die soziale Differenzierung zwischen Geflüchteten und anderen Empfängern von Sozialleistungen. Dies könnte als stigmatisierend und entmündigend wahrgenommen werden und zur Ausgrenzung beitragen. Es besteht die Gefahr, dass Stereotype und Vorurteile gegenüber Geflüchteten weiter gefestigt werden. Darüber hinaus stellt sich die Frage, ob die Einführung einer solchen Karte mit den Prinzipien der Gleichbehandlung und der freien Entfaltung der Persönlichkeit vereinbar ist.

3. Datenschutz und bürokratischer Aufwand

Die Einführung einer Bezahlkarte für Geflüchtete würde eine Vielzahl personenbezogener Daten erfassen, die in einem System gespeichert werden müssen, das potenziell missbraucht werden könnte. Zudem würde die Verwaltung der Karte einen erheblichen bürokratischen Aufwand mit sich bringen und die Verwaltung zusätzlich belasten. Anstatt den bürokratischen Aufwand zu reduzieren, wie häufig behauptet wird, würde die Einführung der Karte genau das Gegenteil



Kreisverband
Kleve e.V.

caritas
KLEVE

Ihr Wohlfgehen
ist unser Anliegen
www.caritas-geldern.de

Deutsches
Rotes
Kreuz

DER PARITÄTISCHE
KREIS KLEVE

Diakonie
im Kirchenkreis Kleve e.V.

Arbeitsgemeinschaft der Verbände der Freien Wohlfahrtspflege im Kreis Kleve

bewirken: Sie würde zusätzliche bürokratische Hürden für die betroffenen Geflüchteten schaffen, da zusätzliche Zahlungen und Überweisungen nun durch die Behörden autorisiert werden müssten. Die Zeitverzögerungen, die dadurch entstehen, könnten den Alltag der Geflüchteten erheblich beeinträchtigen, da sie nicht sofort auf ihre Mittel zugreifen könnten.

4. Zweifel an der Effektivität und Kosten

Die Argumentation der Kommunen, dass mit der Einführung der Bezahlkarte der Missbrauch von Sozialleistungen eingedämmt werden könne, ist nach wie vor fraglich. Zahlreiche Kommunen, darunter große Städte wie Aachen, Dortmund, Düsseldorf sowie Münster, haben bereits entschieden, die Bezahlkarte nicht einzuführen, da sie keinen signifikanten Nutzen erwarten. Stattdessen wurde festgestellt, dass die Einführung der Karte mit zusätzlichen Kosten und Verwaltungsaufwänden verbunden wäre, ohne dass der erhoffte Erfolg in der Missbrauchsbekämpfung zu erwarten ist. Zudem gibt es keinerlei belastbare Daten, die die Wirksamkeit dieser Maßnahme belegen. Der Gemeindebund empfiehlt seinen Mitgliedern daher, vorerst keine endgültige Entscheidung zu treffen und auf die Klärung offener Fragen durch die Landesregierung zu warten.

5. Offene Fragen und Empfehlung des Gemeindebundes

Der Gemeindebund hat sich bereits kritisch zur geplanten Einführung der Bezahlkarte geäußert. In einem Rundschreiben an seine Mitglieder wird geraten, sich zunächst nicht zu entscheiden, sondern abzuwarten, wie die offenen Fragen von der Landesregierung beantwortet werden. Es besteht Unklarheit darüber, ob und wie eine Opt-Out-Regelung durch Kommunen umgesetzt werden kann, um sich teilweise gegen die Karte zu entscheiden. Die Verwaltung der Karte könnte zudem unlösbare Probleme aufwerfen, insbesondere im Hinblick auf internationale Überweisungen und die Umsetzung von Sofortüberweisungen.

Fazit und Forderung

Angesichts dieser zahlreichen Bedenken fordern wir die Verantwortlichen auf, die Einführung der Bezahlkarte nochmals zu überdenken. Anstatt den Geflüchteten weitere bürokratische Hürden zu errichten, sollten wir uns auf die Schaffung von Maßnahmen konzentrieren, die ihre Integration in unsere Gesellschaft fördern und ihre Selbstbestimmung respektieren. Es ist unsere gemeinsame Verantwortung, Geflüchteten nicht nur Unterstützung zu bieten, sondern ihnen auch ein selbstbestimmtes Leben zu ermöglichen.

Wir danken für Ihr Verständnis und stehen Ihnen für weitere Rückfragen und Austausch gerne zur Verfügung. Sie können sich selbstverständlich auch direkt an den Wohlfahrtsverband wenden, der bei Ihnen vor Ort in diesem Bereich tätig ist.

Mit freundlichen Grüßen

Rainer Borsch
Vorsitzender